

Bern, 21. Mai 1993

PFI 24. Mai 1993 10

Notiz an die DVA**Eröffnung einer schweizerischen Vertretung in Bratislava**

In seinen Schreiben vom 1. März 1993 sowie vom 17. Mai 1993, beide an Sie adressiert, bittet der schweizerische Botschafter in Prag um die Stellungnahme zur Frage, ob die Schweiz in der slowakischen Hauptstadt eine Vertretung eröffnen soll. Seit Beginn dieses Jahres ist der schweizerische Missionschef in Prag gleichzeitig auch in Bratislava akkreditiert.

Ohne auf alle Einzelheiten einzugehen, können wir uns den Argumenten Frau Paulis insgesamt anschliessen. Angesichts der politischen Entwicklung in bzw. zwischen den beiden Nachfolgestaaten der CSFR ist die diplomatische Betreuung der Slowakischen Republik von Prag aus auf die Dauer unerwünscht.

Die politische Bedeutung der Slowakischen Republik und auch ihre Stellung als Empfänger schweizerischer Osthilfe sprächen an sich für die Eröffnung einer Botschaft in Bratislava. Mit Blick auf die Bedürfnisse in Mittel- und Osteuropa insgesamt erscheint eine solche Massnahme jedoch nicht prioritär, sofern

- eine Seitenakkreditierung die sorgfältige, regelmässige und politisch ungestörte Pflege der diplomatischen Beziehungen gewährleistet
- wir eine personell überzeugende, effiziente Vertretung an Ort sicherstellen können.

Diese Ueberlegungen führen uns zu folgendem Vorschlag:

- Die diplomatischen Beziehungen zur Slowakischen Republik sollten in Zukunft nicht mehr von Prag, sondern von **Wien** aus wahrgenommen werden.



- In Bratislava sollte ein Generalkonsulat eröffnet werden. Dem Generalkonsul wären ein Vizekonsul sowie eine Sekretärin (Lokalangestellte) zur Seite zu stellen. Subsidiär wäre auch die Einsetzung eines Honorarkonsuls denkbar (mit gleichem Mitarbeiterbestand), wobei bei der Auswahl des Honorarkonsuls hohe Anforderungen zu stellen sind.

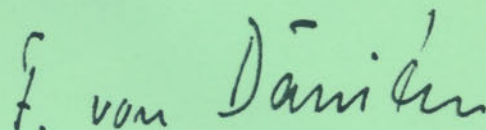
Falls Sie sich diesen Vorschlägen anschliessen können, wären wir Ihnen für eine entsprechende Antwort an unsere Mission in Prag dankbar. Sie sollte Frau Pauli vor dem 10. Juni 1993 erreichen (vgl. ihr Schreiben vom 17.5.1993). Im Hinblick auf eine Seitenakkreditierung unseres in Wien residierenden Botschafters bei der slowakischen Regierung sind die personellen Auswirkungen auf die Botschaft in Wien zu prüfen.

Eingesehen:



J. Kellenberger

POLITISCHE ABTEILUNG I



F. von Däniken

PFI 24. Mai 1993 10

Kopie:

- WOK
- BAN